

Heinz O. Vetter

Aus der Geschichte lernen - die Zukunft gestalten

Grundsatzreferat auf der Wissenschaftlichen Konferenz des DGB zur Geschichte der Gewerkschaften, München*, 12. Oktober 1979

I.

Im Frühjahr 1947 wurde ich, wie viele andere meines Jahrgangs, die den Krieg überlebt hatten und gefangengenommen worden waren, nach Hause entlassen. Ich fühle es heute noch, diese innere Beklommenheit, gerade der letzten Monate des Krieges: Wenn man draußen als Gefangener vor der Nissenhütte stand und über uns sammelten sich die Bomber-Pulks, um nach Deutschland zu fliegen. Für jeden von uns verband sich dieses Bild mit der Angst um das Leben der Familie, mit der Angst vor einer Ungewissen Zukunft. Die Fahrt im Güterzug von Oostende ins Ruhrgebiet zurück war eine Reise durch Zerstörung und Verwüstung. Das spiegelte sich auch wider im Verhalten der Menschen, die uns gut genährten und gekleideten Heimkehrer an den Bahnhöfen - und nicht nur da - um Kleidung und Lebensmittel baten. Und erst da wurde mir das ganze Ausmaß von Elend und Verzweiflung bewußt, das wir im Namen Deutschlands über Europa gebracht hatten. Diese Fahrt auf einem ewig währenden imaginären Bahndamm, sie wird mir nie mehr aus der Erinnerung gehen. Sie bedeutete die für einen 28jährigen schmerzhafteste Einsicht, für

* Der Text folgt der mündlichen Fassung dieser Rede.

einen Teil der eigenen Wegstrecke auf einem falschen Gleis gefahren zu sein. Ich will diese Erfahrung nicht überhöhen, aber ich glaube, daß die Einsichten dieser Zeit meinem Leben eine neue Weichenstellung gaben.

Es galt, den Kampf aufzunehmen gegen die kollektive Hoffnungslosigkeit und für eine Gesellschaft, in der Humanität durch Freiheit, durch soziale Gerechtigkeit und Frieden verwirklicht werden konnte. Für mich, der ich in einem Bergarbeiter-viertel groß geworden war und nun wieder im Bergbau Arbeit fand, bedeutete das in der Praxis, mich der Gewerkschaftsbewegung anzuschließen. Gewerkschafter und Betriebsräte der ersten Stunde, die ich kennenlernte, verkörperten mir *die* Ideale und arbeiteten für *die* Werte, auf denen die Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft beruhen mußte. Viele meiner Generation, die gleiche Erfahrungen gemacht hatten, sahen die Dinge damals aus der gleichen Perspektive - von chronisch Uneinsichtigen und Ewiggestrigen einmal abgesehen. Die Aufbruchstimmung und der Neugestaltungswille dieser Jahre beweisen das. Ich erinnere daran, daß Demokratie *und* Sozialismus über Partei- und Glaubensgrenzen hinweg im Mittelpunkt der politischen Vorstellungswelt standen.

Ich habe diesen sehr persönlichen Lernprozeß hier deshalb so ausführlich geschildert, weil ich glaube, daß - bei aller Skepsis - das Motto der Konferenz seine Berechtigung hat. Ich bin also überzeugt, daß man aus der Geschichte lernen kann und dies nicht nur als Individuum. Nun ist allerdings von der damaligen Gemeinsamkeit der Demokraten heute auch außerhalb von Wahlkampfzeiten nur noch wenig zu spüren. Haben also jene doch recht, die ein Lernen aus der Geschichte für grundsätzlich ausgeschlossen halten? Es ist sicher so: Kollektives Lernen aus der Geschichte ist schweren Anfechtungen ausgesetzt: der Macht des Vergessens und Verdrängens, der Macht des Gegenwärtigen, des Faktischen, der Macht von Interessen und Egoismus.

Die Geschichte bietet dafür Beispiele in Fülle: Die Vorgänger derjenigen, die im vergangenen Jahr eine unzureichende Form der Mitbestimmung für verfassungswidrig erklärt haben wollten, boten vor mehr als 30 Jahren den Gewerkschaften die qualifizierte Mitbestimmung an. Die Vorgänger derjenigen, die uns heute Freiheit und Sozialismus als Gegenpole verkaufen, haben das Ahlener Programm von 1947 mitgetragen. Und einige, die damals meinten, jede Hand müsse verdorren, die jemals wieder eine Waffe trage, haben heute schon wieder einen recht festen Griff. Viele waren damals bereit, für ein paar Speckseiten von ihren Vorstellungen einer besseren Welt wieder zu lassen.

Niemand, auch wir nicht, ist also davor gefeit, Lehren aus dem Gedächtnis zu streichen. Es ist die Pflicht der Geschichtswissenschaft, dieses beinahe zwanghafte individuelle und kollektive Vergessen und Verdrängen zu verhindern. So kann Geschichtswissenschaft dazu verhelfen, Ideologien, d. h. eine falsche Sicht der Wirklichkeit, zu entlarven. Die Vergangenheit bewältigen heißt ja wohl, über sie rück-

sichtslos aufklären. Eine so verstandene Geschichtswissenschaft ist weder zur eifernden Indoktrination noch zur blinden Legitimation des jeweils Bestehenden geeignet.

Die deutsche Geschichtswissenschaft ist bis in unsere Zeit hinein — ich meine, das sollte man ruhig sagen — dieser Anforderung nicht gerecht geworden, ja sie war sogar dazu bereit, autoritäre Herrschaft und Unterdrückung zu rechtfertigen oder zu beschönigen. Nur wenige Fachgelehrte forschten über Freiheitsbewegungen, Minderheiten, Außenseiter der bürgerlichen Gesellschaft. Und wer solche „Abwege“ beschritt, den Pfad der zünftigen Wissenschaft also verließ, der konnte sicher sein, die akademische Laufbahn zu verfehlen. Gerade deshalb wissen wir es zu schätzen, wenn sich hier mit uns eine große Anzahl angesehener Wissenschaftler zusammengefunden hat. Ich selbst habe praktisch seit 1975 mehrfach Gelegenheit gehabt, mit Historikern und Politikwissenschaftlern Gespräche zu führen. Unser Hans-Böckler-Kreis ist ein gutes Beispiel für eine unkomplizierte und für beide Seiten fruchtbare Kommunikation.

Es ist sehr zu begrüßen, daß die Zahl der Historiker, die sich Problemen der Arbeiterbewegung widmen, in den letzten Jahren so angestiegen ist. Die Ergebnisse ihrer Forschungsarbeit sind bemerkenswert, davon konnte ich mich zu Beginn des Jahres in Berlin selbst überzeugen. Nicht alles ist dem in der Praxis Stehenden verständlich oder ließe sich gar unmittelbar umsetzen. Aber darum geht es ja auch zunächst einmal gar nicht. Wissenschaft unterliegt eigenen Bedingungen und folgt eigenen Bahnen. Wir respektieren das und fördern eine wohlverstandene Freiheit der Wissenschaft und der Forschung.

Wir sind mehr denn je auf die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung angewiesen, und wir wissen auch, daß unsere Gegner und Partner in Wirtschaft und Gesellschaft es schon lange besser verstanden haben als wir, sich diese Ergebnisse dienstbar zu machen. Wir fordern, daß Wissenschaft, Forschung und Lehre der allseitigen Entfaltung der Menschen durch die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu dienen haben. Doch gilt, was Hans Böckler im Vorfeld der Gründung des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der deutschen Gewerkschaften sagte: „Ich will klar herausstellen, daß die deutschen Gewerkschaften der wissenschaftlichen Forschung und Lehre die höchste Bedeutung beimessen. Das Verhältnis unserer Wissenschaftler zu den deutschen Gewerkschaften müssen jene selber bestimmen. Die Tore der Gewerkschaften sind für sie weit geöffnet.“ Soweit Böckler.

Dem widerspricht es nach unserer Auffassung nicht, daß über den Einsatz wissenschaftlicher Ergebnisse in den Gewerkschaften nach den Regeln ihrer Willensbildung und Entscheidungsfindung beschlossen werden muß. Wir verstehen und befürworten es, wenn Wissenschaftler ihre Aufgaben und Ergebnisse politisch begreifen und verantworten. Wenn sie damit in den Gewerkschaften wirken wollen, müssen sie sich aber auch an den Kriterien messen lassen, die die Einheitsgewerkschaft

gewissermaßen als Brückenschlag zwischen unterschiedlichen Gruppen von Arbeitnehmern nun einmal setzt.

II.

Wir haben eine heftige Kontroverse über Gewerkschaftsgeschichte erlebt, wenn auch mehr in der Presse als in den Gewerkschaften. Zu den wissenschaftlichen Aspekten dieser Diskussion will und kann ich nicht Stellung nehmen - über die schrille Tonlage dieser Auseinandersetzung habe ich mich allerdings sehr gewundert. Es ist in dieser Kontroverse viel von Versagen die Rede gewesen, wenn nicht sogar das Wort vom Verrat in Umlauf war. Versagt haben danach die Gewerkschaftsführer, verraten wurden die Massen der Mitglieder und die Arbeitnehmerschaft insgesamt. Hier haben wir es meiner Meinung nach nicht mit Begriffen zu tun, die geeignet sind, die Vielschichtigkeit historischer Vorgänge zu entschlüsseln. Eher handelt es sich wohl um eine Art der Geschichtsbetrachtung, die ihre Voraussetzungen, Methoden und Erkenntnisziele nicht klarmacht. Ich bin weit davon entfernt, der uns unterstellten Tradition von Versagen und Verrat die Behauptung stetigen Erfolgs entgegenzusetzen. In beiden Fällen werden Schablonen angelegt, deren Anwendung zwar einfach ist, mit denen man aber eben die Komplexität politischer Prozesse nicht erfassen kann.

Lassen Sie mich das, was ich meine, an einem Beispiel erläutern, an das ich mich noch selbst gut erinnere: Die Bergarbeiter haben nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes, genau wie nach dem Zusammenbruch des wilhelminischen Reiches, gefordert, die Bergwerke in Gemeineigentum zu überführen. Dafür konnten sie 1919 und 1945 jeweils zwei wesentliche, praktisch dieselben Gründe ins Feld führen:

Erstens hatten sich die Zechenherren mit einem System kompromittiert, dessen markanter Charakterzug die Unterdrückung und Bekämpfung oder Zerstörung der Arbeiterbewegung war.

Zweitens war den Arbeitnehmern für den Krieg das Letzte abverlangt worden, und das wirtschaftliche System stellte sich als Chaos dar, das zuallerletzt den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen Rechnung trug. Der Hunger grassierte in den Bergarbeiterhäusern im Winter 1919 und auch im Winter 1946.

So war die Forderung nach Sozialisierung nur folgerichtig. Sie ergab sich gleichsam naturwüchsig aus der Lebenserfahrung der Bergleute selbst. Zunächst deutete alles darauf hin, daß diese berechnete Forderung Wirklichkeit würde. 1919 wurde eine Sozialisierungskommission für den Bergbau gegründet, und 1946 vertraten fast alle Parteien und die Gewerkschaftsführungen die Meinung, für den deutschen Bergbau müßte eine Form des Gemeineigentums gefunden werden. Auch die britische Besatzungsmacht schien damals unter der Labour-Regierung solchen Plänen ja gar nicht abgeneigt.

Gleichzeitig forderte alle Welt von uns, und zwar von der französischen KP bis zu den britischen Tories, eine Steigerung der Kohleproduktion in Deutschland. Sie war die Voraussetzung für die Selbstversorgung der Deutschen und die Wiederankurbelung der Wirtschaft in Westeuropa. Ein großer moralischer Druck lastete auf den Bergleuten.

Die Gewerkschaften erklärten sich unter den Bedingungen der Sozialisierung und einer besseren Versorgung der Bergleute bereit, für eine Produktionssteigerung im deutschen Bergbau einzutreten. Eine bessere Versorgung trat alsbald ein, und wir Bergleute wurden von anderen Arbeitnehmergruppen um die Zusatzrationen und weitere Vergünstigungen sehr beneidet. Einige von Ihnen, meine Damen und Herren, werden sich noch an die Care-Pakete erinnern, die auch viele Neuberleute ins Revier zogen.

Die Produktivität im Bergbau stieg nunmehr stetig, so daß der von der Gewerkschaftsführung behauptete Zusammenhang von Sozialisierung und Produktionssteigerung sich allmählich auflöste. In den Waschkauen und bei Gewerkschaftsversammlungen erlahmten die erregten politischen Diskussionen von früher, die sich um die Ernährungslage *und* die Sozialisierung gedreht hatten. Der Handlungsspielraum der Gewerkschaftsführungen wurde immer enger. Sollten sie sich gegen eine bessere Versorgung ihrer Mitglieder wenden? Wären sie damals gegen den Strom geschwommen, hätten sie auf eine bessere Versorgung verzichtet und auf der Forderung nach Sozialisierung weiter beharrt, hätten sie dann die Geschlossenheit der Gewerkschaften bewahren können? Die Gewerkschaften haben versucht, auf beidem zu bestehen. Sie kennen die weitere Entwicklung, an deren Ende die Montanmitbestimmung stand. Ich möchte mit diesem Beispiel nun keineswegs mißverstanden werden: Es geht nicht darum, nunmehr der Mitgliedschaft den Schwarzen Peter des „Versagens“ oder „Verrats“ zuzuschieben. Es ging mir darum, die Vielfältigkeit einer politischen Entscheidungssituation anzudeuten, wobei ich z. B. außenpolitische Wirkungsfaktoren, die sicher nicht unerheblich waren, noch ganz außer acht gelassen habe.

Das genannte Beispiel zeigt auch, daß Geschichtswissenschaft, soll sie zur Geschichte der Arbeiterbewegung haltbare Ergebnisse und Urteile erzielen, die Besonderheit von Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer und ihres Bewußtseins in die Betrachtung einbeziehen muß. Insofern scheint mir eine Trennung von Organisationsgeschichte und Geschichte der Lebenslage von Arbeitnehmern äußerst unfruchtbar. Im Gegenteil: Nur aus ihrer Verknüpfung wird sich eine Sozialgeschichte der Arbeiterbewegung gewinnen lassen, die von der Lebenssituation des Arbeiters bis zu seinem politischen und Organisationsverhalten einen Bogen schlägt. Innerhalb dieses Bogens liegt der Handlungsspielraum der Gewerkschaften und ihrer Führungen. Ich kann mir denken, daß eine solche Vorstellung von der Geschichte der Arbeiterbewegung sich nur schwer verwirklichen läßt, denn es bedarf

dazu sowohl einfühlsamer und kenntnisreicher Fragestellungen als auch eines erheblichen methodischen Aufwands.

Diese Schwierigkeiten spiegeln sich gewissermaßen auch im Programm dieser Konferenz. Die Themen gruppieren sich eher um politische Entscheidungssituationen der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Die Probleme etwa gewerkschaftlicher Sozial- und Tarifpolitik, die nur in Längsschnitten zu erfassen wären, stehen nicht im Mittelpunkt unserer Vorträge und Diskussionen. Aber vielleicht befinden wir uns mit dieser Konferenz ja erst am Anfang einer Entwicklung, am Anfang in der Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen.

III.

Ich möchte, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, noch auf zwei historische Daten eingehen, die in der jüngsten Diskussion eine Rolle gespielt haben. Vor einiger Zeit habe ich in Dortmund anlässlich des Antikriegstages der Gewerkschaftsjugend gesprochen. Vielleicht sollte ich besser sagen, ich habe versucht, mir Gehör zu verschaffen. Aus Gründen, die mir trotz eifrigen Forschens bis heute nicht vollständig klar sind, hat ein beachtlicher Teil der dort versammelten 16 000 oder 17 000 Jugendlichen meine Rede, die unmißverständlich gegen Rüstung, Kriegstreiberei und Krieg gerichtet war, nicht anhören wollen. Eine Stelle, und es gab da noch andere, an der der Anlaß zu einem Pfeifkonzert für mich erkennbar wurde, war die Erwähnung des Hitler-Stalin-Paktes als eine der Voraussetzungen für den Zweiten Weltkrieg. Das wurde später dahingehend kommentiert, ich hätte eine nicht der historischen Wahrheit entsprechende Wertung dieses Vortrages gegeben. Das habe die Störung provoziert.

Meine Damen und Herren, wenn sich hinter dieser Interpretation der Versuch verbirgt, historische Tabu-Zonen zu schaffen, sozusagen Reservate für Unschuldslämmer, Unberührbare und Märtyrer, dann entspricht das weder der Notwendigkeit von Meinungsvielfalt in der Einheitsgewerkschaft noch den Erfordernissen einer restlos aufklärenden Geschichtswissenschaft. Mir leuchtet es irgendwie nicht ein, daß die gleichen, die den Hitler-Stalin-Pakt zu rechtfertigen suchen, die Gewerkschaftsführer von 1933 zu Sündenböcken machen wollen. Auch *deren* Politik gipfelte ja in dem Versuch, zur Rettung ihrer Organisation Zeit zu gewinnen. Ob dies ein geeigneter Versuch war, darüber kann man streiten. Jedenfalls scheiterte er. Geschichte wird zwar meist als die Geschichte der Sieger geschrieben, aber gerade wir, die wir nur allzu oft die Unterlegenen waren, sollten uns davor hüten, den Erfolg zum Maßstab des historischen Urteils zu machen.

Ohne dieser Konferenz vorgreifen zu wollen, möchte ich doch einige Fragen aufwerfen, die der Kompliziertheit der Situation der Gewerkschaften 1932/33 nachspüren: Welche gewerkschaftlichen Mittel hätten zu welchem Zeitpunkt eingesetzt werden können? Hätte ein Streik mit leeren Kassen und bei einem Millionenheer

von Arbeitslosen durchgehalten werden können? Aus heutiger Sicht sind nach allem, was folgte, diese Fragen leicht zu beantworten. Aber Theodor Leipart hat sich über Wucht und Dauer des Nationalsozialismus sicher genauso getäuscht wie Thälmann über den Charakter der Sozialdemokratie.

Es scheint mir allerdings wenig ergiebig, Schuldzurechnungen jetzt hin und her zu schieben. Mein Plädoyer für die Abbildung der Komplexität politischer Situationen und das genaue Ausloten der jeweiligen Handlungsspielräume schließt ein, die Punkte und Entwicklungen zu bezeichnen, an denen Versäumnisse feststellbar sind. Ich sehe da einige auch bei uns und bei meinen Vorgängern. Aber dem Ende der Weimarer Republik ging ein Siechtum voraus, dessen Verursacher jene Unternehmerkreise auch und mit waren, die nicht ruhten und rasteten, bis das soziale System der ersten deutschen Republik zerstört war. Das ging einher mit einer geradezu beispiellosen Hetze gegen einen vermeintlichen Gewerkschaftsstaat.-Diese Kampagne sollte nur das Getöse der gleichzeitig betriebenen Abbrucharbeiten an der demokratischen Verfassung und am sozialen System übertönen.

Wenn ich heute manche Politiker vom Sozialstaat und seinen Lasten reden höre, bin ich fatal an diese Zeit erinnert. Wir haben nicht vergessen, daß die Weimarer Republik vor ihrem Ende bereits sturmreif geschossen worden war. Die Schützen kamen aus jenen nationalen Kreisen, die für das demokratische System, wie sie es abfällig nannten, von Anfang an nur Verachtung übrig hatten und es nie wirklich gestützt haben.

Neuerdings mischen geschichtsklitternde Zauberlehrlinge Begriffe und historische Tatbestände in unerhörter Weise zu einem explosiven Gebräu zusammen. Wer den Sozialismus in die Nähe des Nationalsozialismus rückt, ist für mich auf dem Wege zu einem demagogischen Geschichtsfälscher und einem gefährlichen Politiker. Ich hätte das Thema nicht angepackt, aber es ist ja jetzt schon wieder in aller Munde. Es bedürfte eigentlich keines weiteren Wortes zu diesem unerhörten Vorgang. Doch wir sind es denen schuldig, die als Christen und Sozialisten Opfer des nationalsozialistischen Terrors geworden sind, daß wir solche Angriffe auf ihr Vermächtnis abwehren, dem wir uns verpflichtet wissen. Wie stehen diese Geschichtskenner denn zu Personen und Ideen ihrer eigenen Tradition, wie stehen sie denn zu Jakob Kaiser, Karl Arnold, Heinrich Imbusch? Wurden sie, von denen einige später zusammen mit Böckler, Schumacher, Ollenhauer und Wehner die sozialen Grundlagen dieser Republik gelegt haben, in den Jahren von 1933 bis 1945 von Sozialisten verfolgt? Haben die Herren Stinnes, Kirdorf, Thyssen, Krupp und Vogler eine „Variante des Sozialismus“ gefördert? Und noch eins: Haben denn etwa die Sozialdemokraten ihren angeblichen nationalsozialistischen Glaubensbrüdern das Ermächtigungsgesetz unterschrieben? Oder waren das nicht andere?

Man kann nur bitter darüber werden, daß hier die verhängnisvolle stalinistische These vom Sozialfaschismus nach 50 Jahren von rechts neu serviert wird. Sie besagte

ja nichts anderes, als daß die Sozialdemokratie die gefährlichere Variante des Nationalsozialismus sei. Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode! Wer so mit aller Kraft gegen unsere Geschichte arbeitet oder arbeiten läßt, arbeitet mit aller Kraft gegen Deutschland.

Wie sagte doch einer, der gern zu großen Worten greift, vor 14 Tagen an diesem Ort: „Wir sagen Nein zum Abfall von Gott und der Geschichte.“ In sein Verhältnis zu Gott wollen wir uns nicht einmischen, aber er sollte seinen Zuberlehrlingen beim „Stoibern“ in der Geschichte ein besserer Lehrmeister sein. Ich sage das mit allem Ernst und auch im Hinblick auf die Gespräche der letzten Zeit: Principiis obsta! Wehret den Anfängen!

Eines ist wahr: Die Nationalsozialisten haben nicht nur ein paar versprengte Spinner, sondern einen beachtlichen Teil der gesamten Bevölkerung mobilisieren können. Woran lag das? Ich glaube, es lag daran, daß sie vielen Menschen vorgaukelten, wieder hoffen zu können. Denn: Hoffnungslosigkeit herrschte über dem Ende der Weimarer Republik. Ich erinnere mich, wie in meiner Straße im Bochumer Osten arbeitslose Bergleute in dumpfer Ausdauer tagelang um Zigarettenkippen Karten spielten. Und wie ein hochgestochener Ingenieur darunter litt, daß er eben die Wäsche machen mußte, während seine Frau irgendwo den Lebensunterhalt verdiente. Wie Jugendliche - im wahrsten Sinne des Wortes für ein Linsengericht - in politische Kampfgruppen geschleust wurden und sich dann in Straßenschlachten gegenseitig blutig schlugen. Wer das erlebt hat, weiß, daß diese Art von Hoffnungslosigkeit der Nährboden für Gewalt und Diktatur und der Tod von Frieden und Demokratie ist.

IV.

Diese Hoffnungslosigkeit damals war kein individuelles Stimmungstief, sondern eine Depression, die weite Teile der Gesellschaft erfaßt hatte, vor allem die Arbeiter und Angestellten. Sie war hervorgerufen durch die Unfähigkeit von Politik und Wirtschaft, den Menschen dauerhaft Arbeit, Auskommen und Selbstverwirklichung zu gewährleisten. Sie war auch hervorgerufen durch die Unfähigkeit der politischen Parteien, Auswege aufzuzeigen, die Jugend für die Republik zu gewinnen, politische Phantasie freizusetzen, sich von innen heraus zu erneuern.

Aber, Hebe Kolleginnen und Kollegen, kehren wir auch vor der eigenen Tür: Die Gewerkschaften haben es nicht vermocht, ihren Mitgliedern errungene Rechte dauerhaft zu sichern, neue hinzuzugewinnen und ihnen die schlüssige Vorstellung einer lebenswerten Zukunft zu bieten. Die Idee der Wirtschaftsdemokratie blieb den Arbeitnehmern fern. Vielleicht deshalb, weil es ihr an Konkretheit und Umsetzbarkeit mangelte. Und der gewerkschaftliche Vorschlag zu einem Arbeitsbeschaffungsprogramm, aus dem dann die Nationalsozialisten Gewinn für sich zogen, kam einfach zu spät, um eine Wende herbeizuführen.

All das soll beweisen: Hoffnungslosigkeit dieses Ausmaßes entsteht aus der Unfähigkeit zur Reform. Eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die nicht mehr in der Lage ist, die Lebensrechte der Arbeitnehmer, auch und vor allem am Arbeitsplatz, zu sichern und zu verbessern, verfällt der Gefahr autoritärer oder revolutionärer Entwicklung. Wohlgemerkt: Es geht den Gewerkschaften nicht einzig und allein um die Befriedigung materieller Bedürfnisse — das leisten notfalls auch „Kraft durch Freude“ oder „Arbeitsfront“. Dieses Lebensrecht umfaßt z. B. auch die gleichberechtigte Teilnahme an wirtschaftlichen Entscheidungen, also kurz gesagt: Mitbestimmung. Ebenso gehören dazu menschenwürdige, menschengerechte Arbeitsumwelt und Arbeitsplätze. Lassen Sie mich das am Rande sagen: Neue Technik ist nicht a priori human. Auch die Belastung von Nerven und Sinnen kann unmenschlich sein!

Welche gesellschaftliche Schizophrenie liegt doch darin und wird den Arbeitnehmern zugemutet, wenn sie als ein und dieselbe Person in einen freien Bürger und einen abhängigen Befehlsempfänger im Arbeitsleben gespalten werden! Diese Schizophrenie, diese Spaltung der Persönlichkeit des Arbeitnehmers, die gilt es zu überwinden, und dazu sind die Gewerkschaften ebenso angetreten wie dazu, den Arbeitnehmern den ihnen gebührenden Anteil am Ertrag der Wirtschaft zu verschaffen.

In diesem Sinne ist Reformpolitik das Zentrum gewerkschaftlichen Selbstverständnisses und gewerkschaftlicher Arbeit. Mittel und Wege dazu müssen wir natürlich von Zeit zu Zeit überdenken und neu finden. Dies ist ein Prozeß der Selbstklärung, der Selbstfindung, auch der Selbstkritik. Wir haben uns also zu fragen, wer sind wir, woher kommen wir, wo gehen wir hin. Ein Teil dieser Frage ist die Frage nach unserer Identität und verweist uns damit notwendig auf unsere Vergangenheit. Sie ist also eine genuin historische Frage. Nur wenn Individuen, nur wenn Gruppen, Organisationen und Gesellschaften ihre Geschichte rücksichtslos verarbeiten und bewältigen, können sie zu ihrer Identität finden. Wer seinen Ort in der Geschichte nicht bestimmen kann, versteht auch die Gegenwart nicht und muß bei der Aufgabe versagen, die Zukunft zu meistern.

V.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund steht am Beginn einer auf etwa ein Jahr angelegten intensiven Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm. Dieses Programm muß Forderungen an uns selbst und andere sammeln und bündeln, muß unsere Reformziele nennen und formulieren, und muß damit unsere Identität definieren und sichern. Gewerkschaftliche Programme werden nicht oft und nicht jeweils von Grund auf neu geschrieben. 1949, bei der Gründung der Einheitsgewerkschaft, sind erstmalig gewerkschaftliche Grundsätze beschlossen worden, 1963 haben wir das noch geltende Grundsatzprogramm verabschiedet, heute liegt nun der Entwurf eines neuen Grundsatzprogrammes vor uns.

Die tragenden Säulen in allen diesen drei Gebäuden bleiben erhalten: *Freiheit*, verstanden als Raum zur Entfaltung individueller Anlagen und sozialer Fähigkeiten in mündiger Selbstbestimmung, nicht verstanden als Raum für die zügellose Durchsetzung egoistischer, partieller Interessen. *Solidarität*, verstanden als Überwindung der Schwäche des einzelnen und als gemeinsames Einstehen für Humanität, nicht verstanden als Kumpanei und mildtätige Almosen. *Gerechtigkeit*, verstanden als Anspruch des einzelnen an die Gemeinschaft bei gleichen Chancen und als Gleichbehandlung des einzelnen durch die Gemeinschaft, nicht verstanden als Schutz von Privilegien und Chancenzumessung nach angeblich naturbedingten Anlagen.

Diese Säulen brauchen das sichere Fundament einer lebendigen, ungeteilten Demokratie, die alle Lebensbereiche einschließt, nicht zuletzt Arbeit und Wirtschaft. Demokratie ist für die Gewerkschaften eine Lebensnotwendigkeit.

Die tragenden Elemente des programmatischen Gebäudes sind unverändert, einige Stützpfeiler müßten neu gesetzt werden. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der letzten 15 Jahre verlangen neue Aussagen. Ich nenne nur die Stichworte Rationalisierung, wirtschaftliche Konzentration, Humanisierung am Arbeitsplatz, Energie und Umweltproblematik, Aussperrung und Gewerkschaftsrechte. Auf all diesen Feldern haben wir neue Formulierungen finden und neue Positionen festlegen müssen. Ich will nur ein Beispiel herausgreifen: die Aussperrung.

In der jüngsten Vergangenheit ist uns demonstriert worden, daß dieses Kampfinstrument eines unaufgeklärten Kapitalismus keineswegs zum alten Eisen geworfen, sondern über die Jahrzehnte blank und scharf gehalten worden ist.

Ich möchte heute nicht zum wiederholten Male die verschleierte Begrifflichkeit von „Kampfparität“ und „Abwehraussperrung“ behandeln. In den Kontext unserer Konferenz gehört allerdings eine Erinnerung an jene — in die Terminologie würde die Formulierung passen: Angriffs- und Massenaussperrung — vom Oktober 1928 im Ruhrgebiet, der sogenannte Ruhreisenstreit. In dieser Willkürmaßnahme hatte eine jahrelange Destruktionspolitik großer Teile der Unternehmerschaft ihre vorläufige Krönung gefunden; sie läutete gleichzeitig das Ende der Weimarer Demokratie ein.

In Würdigung unserer historischen Erfahrungen, die durch aktuelle Ereignisse aufgefrischt wurden, formulieren wir also im Entwurf des Grundsatzprogramms:

„Das Streikrecht der Gewerkschaften ist unantastbar. Die Aussperrung als Willkürinstrument der Arbeitgeber ist in jeder Form verfassungswidrig und muß verboten werden. Die Aussperrung wird von den Gewerkschaften als Angriff auf ihre Beteiligungsmöglichkeiten und ihren Bestand solidarisch bekämpft.“

Wir haben uns, auch aufgrund der fortgesetzten Angriffe und Verdächtigungen, entschlossen, dem Entwurf eines Grundsatzprogrammes eine Präambel voranzustellen, in der wir das Verständnis von uns selbst, von unserer Rolle und Position in be-

zug auf das Grundgesetz zu umreißen versuchen. Wir finden unsere Identität in der Einheitsgewerkschaft und meinen, sie bilde gleichzeitig ein Stück Identität dieser Gesellschaft. Sie ist jedenfalls am Bau dieses Staates keine Randverzierung, deren Beseitigung nur eine Glättung der Fassade wäre. In dieser Präambel heißt es:

„Die Einheitsgewerkschaft hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung, vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtungen, in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt. Sie erübrigt konkurrierende Gewerkschaften. Die interne Vielfalt der Meinungen verpflichtet zu einer eigenständigen und unabhängigen Willensbildung, die die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer zum Ausdruck bringt. Weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar.

Die Verwirklichung und Sicherung der Grundrechte erfordert die Solidarität aller Arbeitnehmer. Solidarität ist die Grundlage der Gewerkschaftsbewegung. Die Arbeitnehmer können die Freiheits- und Gleichheitsrechte nur bewahren und zur vollen Wirksamkeit bringen, wenn sie sich zusammenschließen. Starke Gewerkschaften sind eine Voraussetzung für die Wahrung und Durchsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer gegenüber der Macht und dem Einfluß, die die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel verleiht.

Freie und unabhängige Gewerkschaften sind eine Voraussetzung jeder wahrhaft demokratischen Gesellschaft. Die Gewerkschaften haben sich ihre Existenz, ihre Aktionsspielräume und ihre Rechte selbst erkämpft. Jeder Angriff auf ihre Autonomie und ihre Handlungsfreiheit ist zugleich ein Angriff auf die Grundlagen der Demokratie. Die Gewerkschaften verteidigen mit der Demokratie auch ihre eigene Lebensgrundlage.“

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt ein markantes historisches Beispiel dafür, daß dieses Bekenntnis zur Demokratie keine Leerformel ist: Als sich die gewerkschaftlichen Kräfte zusammenfanden, um den Kapp-Putsch niederzuschlagen, da ging es um die Demokratie. Und so werden die Gewerkschaften in der Zukunft aus ihrem auch historischen Selbstverständnis heraus diese Demokratie mit allen ihren Mitteln wahren. Und dazu gehört, daß sie selbst ein Inbegriff, ein beweisbarer, lebendiger Inbegriff unserer Demokratie sind.